

BÜNDNIS INNENSTADT

Offener Brief bzgl. Karnevals-konzept für das Kwartier Latäng

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker,

die unterzeichnenden innerstädtischen Initiativen und Organe fordern einen deutlichen Strategiewechsel im Konzept zur Entlastung des Kwartier Latäng an den Karnevalstagen.

Seit Februar 2018 verantwortet die Stadt Köln ein Sperrkonzept zur Personensteuerung im Kwartier Latäng. Teil dieses Konzeptes war seither auch eine -in verschiedenen Formen stattgefundene- Bespielung einer sogenannten „Entlastungsfläche“ im Bereich der Uniwiesen, Höhe Uni-Mensa, mit für Jugendliche geeigneter Musik in Festival-Lautstärke und Bierverkauf, jedoch ohne Eintrittsentgelte, ohne Alterskontrolle und ohne Kontrolle auf mitgebrachten Fremdalkohol.

Trotz vehementer Warnungen aus im Veedel erfahrenen Gastronomie-Kreisen, der Anwohnervertreter und schließlich auch der Bezirksvertretung Innenstadt, dass diese Bespielung keine Entlastung, sondern im Gegenteil ein sog. Traffic-Generator werden und somit auf Dauer ungleich mehr Menschen -vor allem Jugendliche- ins Veedel ziehen und somit nicht entlasten, sondern belasten würde, hat diese Bespielung dennoch genau so seither regelmäßig stattgefunden. Alle unsere Einwendungen wurden stets verworfen, anfangs sogar in unerträglicher Weise lächerlich gemacht und das Konzept, maßgeblich ausgearbeitet von Ihrer Verwaltung im engen Zusammenspiel mit dem inzwischen langjährig beauftragten Sicherheitsdienstleister, wurde in seiner Substanz und Strategie nie zur Diskussion gestellt. Unsere Möglichkeiten zur Beteiligung erstreckten sich auf Marginalien, kleine Stellschrauben im nicht zu diskutierenden Gesamtkonzept, dessen strategische Ausrichtung aber von uns als von vornherein grundfalsch erkannt und benannt wurde.

Die jüngste Durchführung dieses Konzeptes ist auf eine derart offensichtliche und dramatische Weise gescheitert, dass dies auch durch die uns in der Vergangenheit stets bekannten Relativierungen von Zahlen durch die Verwaltung nicht mehr zu kaschieren sein wird. Ich möchte dies hier kurz auflisten:

- Die von uns erwartete Menge an Besucherzustrom -vor der wir bei verschiedenen Gelegenheiten mehrfach gewarnt hatten und die das Ordnungsamt stets als überzogen abgetan hatte, zuletzt am Morgen des 11.11.2022 um 08.15h vor versammelter Presse- wurde sogar noch deutlich übertroffen. Die von Ihrer Verwaltung geäußerte Erwartung dürfte um den Faktor 3 übertroffen worden sein. Wir gehen von etwa 50.000 Menschen rund um die Uni-Wiese aus, von Luxemburger Straße bis Aachener Weiher. Mindestens weitere 40.000 Menschen befanden sich auf den asphaltierten Flächen von Zülpicher Platz, Roonstraße, Zülpicher Straße, Kyffhäuser Straße und Luxemburger Straße. Letztere war viele Stunden lang ebenso eng gefüllt, wie es die Zülpicher Straße selbst gewesen ist und musste für den Verkehr -viel zu spät- gesperrt werden. Auch vor diesem Szenario auf der Luxemburger Straße hatten wir ihre Verwaltung explizit und mehrfach gewarnt, da dies am Weiberfastnacht 2022 bereits eine klare Andeutung erfahren hatte, für diejenigen, die sich die Mühe gemacht haben, das zu beobachten und es absolut zu erwarten gewesen ist, dass bei der Zentralisierung der Massen über den Eingang

BÜNDNIS INNENSTADT

über die Uni-Mensa und dem Hauptzufluss über die Luxemburger Straße dieses Aufkommen noch vervielfacht werden würde. Verstärkt wurde dies eben auch durch die dramatisch angestiegene Gesamtbesucherzahl, bei der ebenso von Anfang an klar war, dass diese nicht in den offenen Straßen des Quartier Latäng und der geplanten Entlastungsfläche unterkommen können. Dieser starke Besucherandrang eben, den wir prognostiziert, ihre Verwaltung aber als überzogen abgetan hatte.

- Infolge dessen wurde das Ziel des weiter fließenden Verkehrs nicht erreicht. Sowohl der Verkehr auf der B265 (Luxemburger Straße) als auch der innerstädtische Bahnverkehr mussten eingestellt werden, letztere auf polizeiliche Anordnung hin.
- Das Schutz-Ziel der Erhaltung der Grünflächen wurde ebenfalls so deutlich verfehlt, wie man es nur verfehlen kann. Man hat an vielen Stellen schlicht keine Wiese mehr gesehen, die Vermüllungen waren umfangreich und allumfassend und die Schäden dürften in vielen Bereichen irreversibel sein.
- Das Schutz-Ziel, Leib und Leben der Feiernden zu sichern wurde nur durch viel Glück erreicht. Es ist ein reiner Zufall, dass wir hier keine Schwerverletzten und Toten zu beklagen haben, aber dieses Glück ist nicht auf Dauer zu erwarten. Zwischen 11-13h war die Zülpicher Straße zwischen Zülpicher Platz und Heinsbergstraße derart dicht gedrängt und überfüllt, dass es selbst energischen und körperlich starken Menschen nicht möglich war, durch die Masse einen der Ausgänge zu erreichen. Ein einziges spontanes Ereignis, welches geeignet gewesen wäre, eine plötzliche Fluchtbewegung auszulösen, hätte hier unweigerlich zur Katastrophe wie jüngst in Seoul geführt. Ein späteres Durchbrechen großer Massen, die dann unkontrolliert in den bereits überfüllten Bereich gerannt wären, konnte nur mittels des schnellen Eingreifens starker polizeilicher Kräfte verhindert werden. An anderen, zum Glück weniger neuralgischen Stellen, konnte dies nicht verhindert werden.
- Das Ziel des Anwohner-Schutzes durch Sperrung vieler Nebenstraßen hat teilweise funktioniert, jedoch leben ja auch auf den nicht gesperrten Bereichen Anwohner und die Zustände hier sind nach wie vor unsäglich. Zudem geht diese Sperrung auf Kosten großer Flächen, die nun für die Verteilung der Massen nicht mehr zur Verfügung stehen und den Druck auf den verbliebenen Raum zusätzlich erhöhen. Die Möglichkeiten der Massen, sich im Raum des Veedels so zu verteilen, wie diese das früher konnten, wurden mit diesem Konzept von Anfang an stark eingeschränkt.
- Infolge dieser Einschränkung sind auch zahlreiche Gastronomien von den Besucherströmen abgeschnitten. Gaststätten, die vor 2018 noch ein sehr erfolgreiches und teils lebensnotwendiges Karnevalsgeschäft zu verzeichnen hatten, haben drastische Umsatzeinbußen oder lassen inzwischen gar Ihre Gaststätten am ehemals stärksten Tag des Jahres ganz geschlossen, da das Öffnen mit allen aufwändigen, aber notwendigen Sicherheitsvorkehrungen schlicht nicht mehr profitabel ist.
- Das Ziel, das Image des Kölner Karnevals nicht weiter zu beschädigen, wurde ebenso in aller Deutlichkeit verfehlt. Die Bilder von vollkommen betrunkenen, sich öffentlich erbrechenden, urinierenden und teils gar kotenden Jugendlichen und sogar Kindern unter 14 Jahren, sowie den anschließenden Verwüstungen der Straßen und Landschaften sind auch dieses Mal überregional auf Sendung und in Druck gegangen. Diese Bilder sind mittlerweile Image-prägend für das Quartier Latäng, was auch die Art der Besucher im Rest des Jahres beeinflusst und dann ebenfalls das Image weiter verfestigt. Dies ist eine sich gegenseitig weiter befruchtende Bewegung, die man zumindest hier, im Karneval, unterbrechen muss, wenn die Öffentlichkeitswirkung mit Abstand am größten ist. Andernfalls droht das Veedel zu kippen und Zustände, wie

BÜNDNIS INNENSTADT

wir sie im Sommer 2021 gesehen haben, die wir mit viel Arbeit ein wenig zurückdrängen konnten, die aber immer noch deutlich nachwirken, werden sich über kurz oder lang erneut einstellen.

Aus dieser Analyse heraus ergeben sich klare Verhaltensrichtlinien:

1. Es muss absolut alles vermieden werden, was in Zukunft irgendeine Attraktion in Richtung der Zielgruppe jugendliche Straßenfeierer ausstrahlen kann, um zu verhindern, dass es erneut mehr Besucher werden. Hiermit ist insbesondere jede Art der musikalischen und alkoholischen Bespielung jedweder Entlastungsfläche in der Nähe des Quartier Latängs zu verstehen. Der Schlüssel zu mehr Sicherheit liegt zu allererst in der Reduktion der Massen und nicht in der weiteren Steigerung der Attraktivität. Erneut weisen wir auf den Status des Landschaftsschutzgebietes des Grüngürtels hin, der auch dieses Mal wieder aufs Größte verletzt wurde und eine Durchführung solcher Veranstaltungen ausschließt. Ebenso verweisen wir auf die jüngsten Beschlüsse der BV Innenstadt und BV Lindenthal zu diesem Thema, die hiermit ebenfalls aufs Größte missachtet wurden.
2. Es muss klar und frühzeitig und in voller Breite der medialen Möglichkeiten kommuniziert werden, dass dort nichts mehr stattfindet, damit es auch ankommt und die Menschen nicht trotzdem kommen.
3. Es müssen dezentral attraktive Angebote für die jugendliche Zielgruppe geschaffen werden, die nicht mit bestehenden Hotspots zu einem Megahotspot verschmelzen können, wie dies im Quartier Latäng mit Zülpicher Straße und „Entlastungsfläche“ geschehen ist. Ggf. sollte man zusätzlich auch versuchen, Kontakt zu umliegenden Kommunen aufzunehmen und beratschlagen, ob hier nicht ebensolche attraktive Umsonst-und-Draußen Angebote für die heimischen Jugendlichen geschaffen werden können, damit weniger aus dem Umland in die Innenstadt anreisen.
4. Der Stadt muss klar sein, dass hier Veranstalter ggf. bezuschusst werden müssen, da eine Refinanzierung einer Veranstaltung ohne Eintritt nicht möglich ist. Aber nur eine solche würde eben von der Zielgruppe auch angenommen. Alle kommerziellen Veranstaltungsüberlegungen richten sich automatisch an eine weniger problemrelevante Zielgruppe. Wir weisen darauf hin, dass durch eine signifikante Entlastung des Quartier Latäng auch Mittel freigesetzt werden können, die bislang hier gebunden waren. Außerdem möchten wir in aller Deutlichkeit feststellen, dass die Stadt durch die ständige Durchführung dieser euphemistisch „Entlastungsfläche“ genannten, im Grunde aber festivalartigen Veranstaltung -gegen alle Warnungen- eine maßgebliche Verantwortung für die Eskalation der Zustände trägt. Sie hat sich weit über den reinen Schutz der Massen hinaus dort als Quasi-Veranstalter betätigt und damit genau das getan, was sie stets leugnet tun zu können, wenn wir dies in die andere Richtung fordern: Die Massen der Jugendlichen gesteuert, nämlich genau ins Quartier Latäng. Daher kann und darf sie sich nun nicht auf den Standpunkt zurückziehen, sie könne an der Steuerung dieser Massen nichts ändern und Sorge nur für reine Sicherheit. Sie hat diese Rolle in der Vergangenheit deutlich überschritten und muss dies nun erneut tun, um das Problem wieder abzustellen. Wir möchten hierbei nicht in Abrede stellen, dass es Probleme in dieser Hinsicht auch vor 2018 und dem Beginn des Sperrkonzeptes gab. Das war ja überhaupt erst der Grund für dessen Etablierung. Aber: Das Konzept hat es nicht besser gemacht, es hat die Zustände dramatisch verschlechtert und dafür gesorgt, dass sich die Massen weiter im Veedel zentralisieren. Wir wären ohne dieses Konzept bei Weitem nicht problemfrei, aber es hätte auch nicht diese Dimensionen erreicht. Wenn stark alkoholisierte Jugendliche in

BÜNDNIS INNENSTADT

einer Größenordnung von etwa 5000 Menschen in einer Masse von 30.000, im Rest erwachsenen Menschen auftreten, ist das schwierig, aber noch handhabbar. Das Konzept jedoch hat dafür gesorgt, dass in einem alljährlichen Wettlauf um die besten Plätze inzwischen eine fast sechsstellige Anzahl Menschen zu uns pilgert und der Großteil davon ist minderjährig. Und diese Dynamik ist nicht mehr kontrollierbar.

5. Die Planungen hierfür müssen umgehend beginnen und sie müssen auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger und der direkt Betroffenen vor Ort stattfinden. Hier müssen sehr schnell Entscheidungen getroffen werden, wie das Konzept strategisch auszusehen hat. Die Verwaltung darf an diesen Runden NICHT beteiligt werden. Ihre Rolle muss es sein, die Beschlüsse der demokratisch legitimierten Vertreter anschließend umzusetzen, aber nicht diese selbst auszuarbeiten, wie dies in der Vergangenheit passiert ist. In dieser Vergangenheit haben wir alljährlich stets das gleiche Szenario erlebt: Die Verwaltung plant, weitgehend ohne Beteiligung der Betroffenen und/oder der Politik und stellt dann -kurz vor Torschluss, wenn aufgrund der zeitlichen Nähe zur nächsten Durchführung nichts Substantielles mehr verändert werden kann- die Planungen vor, die wir dann zu schlucken haben und nur noch im Rahmen der eingangs erwähnten Marginalien beeinflussen können. Dies ist inakzeptabel und nicht länger tolerierbar.
6. Die Stadt muss sich bei der Landesregierung des Bundeslandes NRW für eine Novellierung des OBG NRW einsetzen nach baden-württembergischem Vorbild, damit ein Alkoholverkaufsverbot zu bestimmten Zeiten, an bestimmten neuralgischen Tagen an sicherheitsrelevanten Hotspots möglich wird.
7. Wir appellieren darüber hinaus an alle im Rat der Stadt vertretenen demokratischen Parteien, bei etwaigen Beschlüssen bzgl. der Ermöglichung alternativer Veranstaltungsorte in der Stadt auf jedwede Form des Fraktionszwangs zu verzichten und Entscheidungen nicht aus Partei-strategischen Überlegungen heraus zu verhindern, wie jüngst bereits geschehen.

Liebe Frau Reker, wir hoffen inständig, dass in der Rückschau der Ereignisse vom letzten Freitag auch Ihnen inzwischen klar geworden ist, dass eine solche Masse auf einen Fleck im innerstädtischen Raum nicht verantwortbar ist. Plant man ein Festival in einer Größenordnung von 100.000 Menschen mit halbwegs vernünftigen Erwachsenen auf freiem Feld mit nichts drumherum, ist dies bereits sicherheitstechnisch und logistisch eine ernstzunehmende Aufgabe. Tut man dies aber -und in diesen Dimensionen sind wir inzwischen angekommen- mit vollalkoholisierten Jugendlichen in einem stark frequentierten urbanen Umfeld mit entsprechender Bebauung, Verkehr und Anwohnerschaft, ist dies schlicht ein Ding der Unmöglichkeit und völlig unverantwortlich. Wer auch immer Ihnen in den kommenden Tagen erzählen möchte, dass dies kontrollierbar möglich ist, leidet entweder an einer völligen Selbstüberschätzung oder verfolgt schlicht andere Ziele als die Befriedung des Veedels und den Schutz der Feiernden sowie der Anwohner.

Bitte handeln Sie verantwortlich und tun Sie jetzt das einzig Richtige!

Wir stehen für die notwendigen Gespräche jederzeit bereit und erwarten Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Vogt

Für das Bündnis Innenstadt

BÜNDNIS INNENSTADT

Markus Vogt, für den Gastro Quartier Latäng e.V.

Andreas Hupke, Bezirksbürgermeister Innenstadt

Michael Neumann, für die Bürgergemeinschaft Rathenau Platz e.V.

Burkhard Wennemar, für den Bürgerverein Kölner Eigelstein e.V.

Hans Linnartz, für die IG Altstadt

Alice Baker, für die ABC Südstadt e.V.

Guido Köhler, für die Bürgerinitiative Zukunft Neumarkt e.V.

Martina Hancke, für die Bürgerinitiative Mauritiusviertel

Alexandra Evers, für die Interessengemeinschaft Neumarkt e.V.

Felix Richard, für Pro Stadtgarten e.V.

Burgel Langer, für Querbeet Köln

Arnd Böcking für die IG Mittelstraße

Detlef Hagenbruch für das Bürgerbüro Brüsseler Platz

Wolfgang Figgen, für die Nachbarn em Mauritiusviertel